

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dietrichshof 25 Wfg. frei ins Haus.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Mittwoch, den 27. September 1899. Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober eröffnen wir ein neues Abonnement auf den „Vorwärts“ mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden „Unterhaltungsblatt“ und der Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“.

Preussisches Verfassungsrecht.

Die neuestens mehrfach erörterte Frage, was im preussischen Staate denn eigentlich verfassungsmäßiges Recht sei, läßt sich ebenso erschöpfend wie schnell mit dem halben Duzend Worte beantworten: die Gesetze vom 6. und 8. April 1848.

Diese Gesetze sind das verfassungsmäßige Recht des preussischen Staates, nicht jedoch in irgend einem revolutionären Sinne. Gewiß giebt es auch revolutionäres Recht, das aus den Mündungen der Kanonen geschöpft wird.

Ausgeführt worden sind sie freilich bis auf diese Stunde nicht, ebensowenig wie rechtlich aufgehoben. Sie wurden vielmehr widerrechtlich suspendiert durch eine Reihe von Gewaltthaten.

von der Krone und im Bunde mit ihr vom Junkertum in der größtmöglichen Weise gebrochen worden; die preussische Staatsverfassung beruht durchaus auf revolutionärer, wenn auch konterrevolutionärer Grundlage.

Ueber die Einwände, die gegen diese Auffassung erhoben worden sind, lohnt es sich kaum, ernsthaft zu sprechen. Es ist gesagt worden, wer den rechtlichen Bestand der preussischen Verfassungsurkunde leugne, der proklamiere damit den vormärzlichen Absolutismus.

Als die preussische Krone im Dezember 1848 die Verfassung octroyierte, erklärte sie selbst, sie werde die octroyierte Verfassung einer auf Grund des Wahlgesetzes vom 8. April 1848 einzuberufenden Versammlung zur Revision und nachträglichen Genehmigung vorlegen.

Mag sie also der Wahrheit die Ehre geben und rückhaltlos anerkennen, daß der „Rechtsboden“ der preussischen Verfassungsorgane, so wie sie tatsächlich bestehen, eine Reihe widerrechtlicher Gewaltthaten ist.

Die Arbeiterklasse konnte ähnlichen Halbheiten und Schwachheiten nicht verfallen. Sie schrieb das allgemeine Wahlrecht auf ihre Fahne und hat es als ihre erfolgreichste Waffe zu gebrauchen gewußt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 26. September.

Kollege Jedlit.

Die „Post“, die sonst kein wichtigeres Geschäft kennt, als mit dem „Vorwärts“ zu polemisieren, ist durch unsere gestrige „Abrechnung“ völlig zerschmettert. Sie stammelt folgende Antwort:

noch eines netten Einbruchsdiebstahls. Diesmal haben wir nicht einmal die Einbruchsigarren bekommen. Das Organ polemisiert einfach nicht mehr mit uns.

Wir verstehen diesen Stolz voll und ganz, der auch die zunächst interessierten Blätter befallen hat: die „Kreuz-Ztg.“, die gänzlich schweigend, und die bündlerische „Deutsche Tages-Ztg.“, die mit einer köstlichen Verlegenheitszeile zu entweichen sucht.

Ein hoher Beamter schreibt als Vertrauensmann des kanalbegünstigten Finanzministers v. Miquel Artikel gegen den Kanal, die aber nicht Herr Miquel, sondern der wütende Kanalgegner Herr v. Stumm honoriert!

Wunderbare Zustände, die an die Zeiten der Camarilla unter Friedrich Wilhelm IV. stark erinnern! Miquel, Jedlit, Stumm — das sind die Männer der Sammelpolitik gegen den Insurg.

Wir hoffen, wie gesagt, daß unsere „Abrechnung“ für Herrn v. Miquel eine Nebenwirkung gewesen; denn hätte er um diese Thätigkeit in der Kanalfrage gewußt, so würde er vorsichtigerweise den Freiherrn v. Jedlit nicht mehr als Agenten seiner allgemeinen Politik verwendet haben.

Es scheint fast, als ob die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ und die „Kreuz-Zeitung“ für ihren Miquel zu sachten beginnen. Denn sie greifen ihn heute an, um ihn durch ihre zeitgemäß bewilligte Feindschaft zu retten.

Sieber-Träume.

Ein liberal-liberales Regierungskartell — das ist es ungefähr was Herr Lieber, nach den Andeutungen seiner gestrigen Rede herbeizuführen strebt.

Dieser saubere Plan hat nun ein schweres Hindernis zu überwinden. Die Konserverativen, hinter denen Herr v. Miquel als Torpedokommandeur schützend steht, werden mit Umsturzhetze und militärisch-marinistischer Propaganda die allerhöchste Gunst wieder zu gewinnen trachten.

Indessen, diese Schacherpolitik wird nicht auf die Kosten ihrer Skrupellosigkeit kommen. Abgesehen davon, daß im Centrum selbst die anständigeren demokratischen Elemente gegen solche Verrätherei rebellieren würden.

Für uns haben diese Coullissen-Intrigen fast nur ein sittengeschichtliches Interesse; sie beweisen, wie tief die bürgerlichen Parteien unter einem halbabsolutistischen Regime sinken.

















### Gesamt-Parteitag der Socialdemokratie Oesterreichs.

Brünn, 25. September 1899.

#### Die Debatte über die Politische Lage und Taktik

wird fortgesetzt.

Dr. Morgenstern: Wien polemisiert gegen die Behauptung des Dr. Morgenstern, es sei nicht mit gehörigen Nachdruck von der Partei gearbeitet worden. Die Berichte aus den einzelnen Ländern beweisen das Gegenteil. Dr. Morgenstern empfiehlt die Steuererleichterung. Ja, welche Steuer sollten denn die Arbeiter verweigern? Die indirekte? Und wie sollten sie das aufstellen? Dr. Morgenstern sei mit seinem Vorschlag an die falsche Stelle gegangen: er hätte sich damit an die Deutschnationalen wenden sollen, an die Bürger, die direkte Steuern zahlen. Was die arbeitsfähige Taktik betrifft, so sei, wenn ein feudales Ministerium keine schärfere Widerstand geboten. (Beifall.)

Abg. Jeller: Es braucht nicht erst verifiziert zu werden, daß wir jedes Ministerium bekämpfen. (Auf: Mit Ausnahme eines Ministeriums Dr. Adler. Geisterzeit. Auf: Wie auch bekämpft! Große Geisterzeit.) Redner glaubt, daß die Parteivertretung die Wiener Verhältnisse, den Kampf gegen Lueger, zu sehr berücksichtigt und auf die Provinz nicht ganz die nötige Rücksicht genommen habe. Der Gedanke, die Steuer zu verweigern, sei utopisch.

Sperka-Prüms (Uzsch) schließt sich den Anschauungen Verners an und wünscht eine lebhaftere Agitation für das allgemeine Wahlrecht.

Sanusch (Nordmähren): Das Flugblatt der Parteivertretung hat den Provinzialern nicht besonders gefallen. Wenn wir ein Flugblatt bekommen, wollen wir ein konstituiertes haben. (Geisterzeit.) Wir müssen uns vor Kompromissen mit den deutschnationalen Radikalen hüten; sie sind dieselben Vollsbezügler wie die Junggehehen. (Zustimmung.)

Abg. Kessel-Gratz: Ich halte es für keine genügende Antwort, wenn Dr. Adlers Referat nur die beiden Versicherungen brachte: Wir werden eine socialdemokratische Taktik einhalten und uns nicht unter der Jesuitenthat bringen lassen. Bestimmtere Linien lassen sich denn doch für unsere Taktik ziehen. Wir müssen wissen, was mit der Thunischen Erbschaft werden soll, mit allen den Verordnungen auf Grund des § 14. Unstreitbar hat es die Parteivertretung in den Zeiten, wo eine energische Aktion notwendig gewesen wäre, daran fehlen lassen.

Remeg-Prag: Kessel hat die socialdemokratische Taktik durch sein Bündnis mit den Deutsch-Nationalen am meisten geschädigt. (Widerspruch des Abg. Kessel.) Der Gesamt-Parteitag muß ein wachsame Auge auf die Tätigkeit der nationalen Organisationen haben. Das ist wichtiger als Verhandlungen gegen die Parteivertretung.

Dr. Morgenstern (Mährisch-Schönberg): Wir haben 2 1/2 Jahre Verfassungsbruch und Absolutismus gehabt. Wer trägt uns dafür, daß dieses Regime sich nicht fortsetzt. Jedes Ministerium, das ins Amt tritt, ohne die Jückersteuer und die sonstigen Verordnungen auf Grund des § 14 aufzuheben, übernimmt die Verantwortung dafür und muß auf das entschiedenste bekämpft werden. Gewalttätig können unsere 15 Abgeordneten die Delegationswahlen nicht verhindern, aber sie können dafür sorgen, daß die Delegationswahlen nicht zuerst stattfinden, sondern zuerst eine gründliche Abrechnung vorgenommen wird. Die Steuererleichterung wäre den Arbeitern sehr wohl möglich gewesen. Wer über 10 Kilogramm Zucker hatte, mußte ihn nachversteuern. Hier hätte die Steuer verweigert werden sollen. (Große Geisterzeit.) Auch unsere Konsumvereine haben den Zucker nachträglich versteuern müssen; sie hätten nicht zahlen sollen. (Große Geisterzeit.) Demonstrationen hätten jeder 11 Kilogramm Zucker kaufen und dann die Steuer verweigern sollen. (Ständisches Gelächter.)

Prachensky: Jandbrud hält die Vorwürfe gegen die Parteivertretung für unbegründet und beantragt folgende Resolution:

Der Parteitag spricht der Gesamt-Parteivertretung und dem Verbands sein volles Vertrauen aus und billigt die bisher eingeschlagene Taktik.

Der energischste Kampf gegen das feudale-Meritale Regime, das Jogan den letzten Schein des Parlamentarismus fröbel durch den § 14 erschlagen hatte, die Verteidigung der konstitutionellen freirechtlichen Vollsrechte, die auf alles gefasste Abwehr der rücksichtslosen Attentate der Meritale Vollsrechte gegen die Volksschule und die Entfaltung einer Massenbewegung zur Eroberung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts im Staate, Land und Gemeinde — bleibt auch für die Zukunft die vornehmste Aufgabe der Partei.

Der gegenwärtig in Oesterreich geführte Verfassungskampf muß bis an sein für das Volk siegreiches Ende geführt werden und die Partei hat kein Interesse, sich mit Scheinrieden und mit faulen Kompromissen zufriedener zu geben. Sie wird, ihrem principien Charakter getreu, in jedem Momente ihre Taktik nach den proletarischen Interessen des arbeitenden Volkes einrichten.

Abg. Schrammel: Kniff: Wir alle sind unzufrieden mit dem, was erreicht worden, aber nicht unzufrieden mit dem, was gethan worden ist. Die Abgeordneten haben lange bevor das Flugblatt verfaßt wurde, schon einen Abzug davon erhalten und konnten die Agitation dementsprechend einrichten. Wo sie es nicht gethan haben, sollen sie sich selbst anklagen und nicht die Parteivertretung. Dr. Morgenstern ist vom Parteitage ausgelassen worden, und er hat es recht verdient. Dadurch wird jede Widerlegung überflüssig.

Abg. Vernier: Mährisch-Ostau verteidigt seinen Standpunkt in der Wahlrechtsbewegung. Die Verteidigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts muß das ceterum censeo sein. Wir werden gewiß lange nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht streben, aber nach dem Nationalitäten-Bundesstaate werden wir noch länger streben müssen. Die Parteivertretung hat gewiß viel gethan, aber nicht im Kampfe gegen die Regierung, sondern im Kampfe gegen Lueger. Im Kampfe mit diesem sind die Kräfte verbraucht worden.

Kraus: Wien bestreitet, daß die Parteivertretung sich nur um Niederträchtlichkeit bemüht hätte; sie habe die Verhältnisse im Reiche ständig ins Auge gefaßt.

Kalle: Graz verlangt von der Parteivertretung rechtzeitige Directiven; hieran habe es mittermüthig geschickt. Kessel habe sein Bündnis mit den Deutsch-Nationalen geschlossen.

Abg. Dazhynski: Strauß: Amnististisches und Wundermittel habe Dr. Adler nicht nennen können; es ist sehr richtig gewesen, daß er sich nur auf allgemeine Angaben beschränkt habe. Kessel und Vernier wollten springend vorwärts kommen; das aber gelingt nicht. In der großen Frage des allgemeinen Wahlrechts sind wir alle einig, die Gemeindevahlrechtsbewegung hat bewiesen, wie tief dieser Gedanke ins Volk eingedrungen ist. Jedem Ministerium gegenüber, einem Beamten, „liberalen“ wie Meritale Ministerium gegenüber bleiben wir unerschrocken und lassen uns auf keine Abmachung ein. Auch die schönsten Deutsch-Nationalen werden schuldig, deshalb ist den Genossen in Graz eine gewisse Mäßigkeit anzuraten. Als die Junggehehen noch radikal waren, wimmelte es an kleinen zärtlichen Verhältnissen zwischen ihnen und unseren Brager Genossen. Das ist nicht empfehlenswert. Wir marschieren besser allein.

Selig: Teplitz glaubt gleichfalls, daß sich für die künftige Taktik der Partei nur allgemeine Gesichtspunkte aufstellen lassen. Ob die Möglichkeit zu einer großen Wahlrechtsbewegung in der nächsten Zukunft vorhanden sein wird, ist ungewiß. Doch bei Erlaß der Jückersteuer die Schlagfertigkeit der Partei zu wünschen übrig ließ, muß zugegeben werden.

Abg. Kessel: Graz wendet sich gegen die Angriffe Remeg. Es ist nicht wahr, daß ich an eine deutschnationalen Versammlung ein Begrüßungsschreiben gerichtet habe. Remeg sollte solche Angaben nicht aus der junggehehen Presse nehmen. Ich war zu einer

deutschnationalen Versammlung geladen und habe ein Absageschreiben geschickt. Meine Reden sollen national ausgefallen sein; in Graz solle man sich nicht mehr auskennen, ob jemand ein Socialdemokrat oder ein Deutschnationaler ist. Das ist nicht richtig. Wir haben stets auf reinliche Scheidung zwischen Deutschnationalen und Socialdemokraten gehalten. Rationale Arbeiter giebt es in Graz nicht. Als die Junggehehen noch radikal waren und die omladinistische Bewegung hochging, suchten die ezechischen Genossen viel eifriger an sie Anknüpfung.

Regel-Bilzen verteidigt die ezechische Partei gegen den Vorwurf, mit den Junggehehen zusammengekauert zu haben. Er beantragt, daß die Gesamtpartei ihre Taktik in der Frage der Jückersteuer verschärft, die äußersten parlamentarischen Mittel gegen sie anwendet und am Tage der Wiedereröffnung des Parlaments in ganz Oesterreich große Kundgebungen veranstaltet.

Remeg-Prag hält keine Ansicht aufrecht, daß die ezechischen Genossen durch zu enges Zusammengehen mit den Deutschnationalen einen taktischen Fehler begangen hätten.

Damit schließt die Diskussion. Das Schlusswort hat Dr. Victor Adler: Ich bin mit dem Verlaufe der Debatte ganz zufrieden. Es kann kein Vorwurf gegen die Parteivertretung sein, daß sie nicht geschickter gewesen ist, wie die Genossen in der Provinz. (Geisterzeit.) Das Flugblatt gegen die Jückersteuer sollte grade durch seine Sachlichkeit wirken. Es durfte nicht schärfer abgefaßt werden, weil durch seine Konfiskation zuviel Zeit und Geld verloren gegangen wäre. Ein Circular der Parteivertretung war nicht wie bei der Agitation gegen den Zeitungstempel erforderlich, weil die Thatsache des Verfassungsbruches jedem Parteigenossen klar vor Augen lag. Eine detaillirte Angabe der Taktik läßt sich nicht geben. Im Reichsrath werden wir weiter vorgehen wie bisher und keine Unklarheit zulassen. Unsere Abgeordneten werden auch in Zukunft den Ausgleich und die Indemnitätsklärung wegen der § 14-Verordnungen bekämpfen. Unser Kampf gegen Lueger war kein Fehler; er ist ein Faktor im politischen Leben von ganz Oesterreich. Und wenn wir keinen Einfluß eindämmen und keinen Rimbuss bis zu sehr hohem Grade eingeschränkt haben, so war das eine politische Arbeit für das ganze Reich. Gleichzeitig war unsere Beschäftigung mit Kommunalfragen von großer Bedeutung. Unter der Rationalitätenfrage leiden die unmittelbaren ökonomischen Interessen des österreichischen Proletariats. Gerade die jüngste Vergangenheit war die schwerste Zeit für die Taktik der Partei. Wenn die Parteivertretung nur nichts verdorben und nichts geschadet hat, hat sie schon viel geleistet.

Bei Demonstrationen können wir die Deutschnationalen nicht immer fernhalten. Wir können unsere Leute nicht mit einem besonderen Stempel versehen. Nicht daraus mache ich den Brager Genossen einen Vorwurf, wohl aber, daß sie lokale Politik treiben, die für das ganze Reich nicht möglich ist, weil sie unklar ist. Für die nächsten zwei Jahre etwa haben die Grazer festlegen wollen, unter welchen Bedingungen eine Wittivung der Socialdemokratie für die zukünftige österreichische Politik in Frage kommt. Darauf können wir uns nicht binden. Die Grazer hätten sich vorher informieren sollen, wenn sie nicht in die Verlegenheit kommen wollten, allein zu bleiben.

Der Hauptvorwurf war, wir hätten von Wien aus nicht eine große Bewegung für das allgemeine Wahlrecht in Scene gesetzt. Es wird aber nicht dadurch erlöst, daß man fortwährend schreibt: Heraus mit dem allgemeinen Wahlrecht! heraus mit dem allgemeinen Wahlrecht! bis es einem zum Hals heraushängt. (Geisterzeit.) Für das allgemeine Wahlrecht ist viel gethan. Unsere Gegner haben geglaubt, daß man mit der heutigen Verfassung in Oesterreich nicht weiterkommt, daß eine gründliche Unterpumpung erforderlich ist. Niemand kann es mehr in der österreichischen Haut aushalten. Die Rettung Oesterreichs liegt allein darin, daß das socialdemokratische Programm zunächst, so weit es demokratisch ist, erfüllt wird. Wenn in Oesterreich Ordnung gemacht werden soll, dann muß eine konstituante einberufen werden. Die Völker müssen gefragt werden und zu Worte kommen, wie sie diesen Staat neu aufbauen wollen. (Bravo!)

Wir reihen jetzt nur jede Verhällung herunter; das ist unsere Taktik. Aber ich kann Ihnen heute nicht sagen, welche Anträge wir bei Einberufung des Parlaments stellen werden, ob wir die Delegationswahlen zulassen werden oder nicht. Das wird eine Oppositionspartei bleiben werden, braucht nicht erst betont zu werden. Zwei widerprechende Interessen sind für uns vorhanden: 1. Haben wir ein Interesse daran, die österreichische Politik ad absurdum zu führen und den Vankrott vollständig zu machen; 2. aber hat die Arbeiterschaft ein Interesse an geordneten parlamentarischen Zuständen; sie hat ein Interesse daran, daß Gesetze gemacht werden können, weil sie bestimmte sociale Gesetze braucht. Die Schwierigkeit liegt darin zu entscheiden, ob man im Moment noch etwas Brauchbares herauspressen kann, oder ob man sagen muß: Poppen und Malz ist verloren.

Redner empfiehlt die Resolution Prachensky, hält aber die Resolution Krejci für überflüssig; sie könne höchstens dem Verbands und der Parteivertretung als Material überwiehen werden.

Redner schlägt: Mögen die anderen pessimistisch in die Zukunft blicken, mögen die deutschen Bürger verzweifeln — wir haben keinen Grund zur Verzweiflung. Wir wissen, der alte Bau ist morsch und muß abgebrochen werden, aber wir haben das Vertrauen zum österreichischen Proletariat, daß es die Kraft haben wird, an Stelle dieser Ruine einen neuen großen Bau zu setzen. (Lebhafte Beifall.) Die Resolution Prachensky wird einstimmig angenommen, die Resolution Krejci als Material überwiehen.

Damit schließt die heutigen Beratungen. Der Nachmittag wird den Uezchen zu einer besonderen Besprechung freigehalten.

### Versammlungen.

Im Anschluß an den Kongreß der Japsgegner, der in diesen Tagen in Berlin abgehalten wurde, fand am Montagabend eine impfgegnerische Versammlung unter dem Vorhänge des Naturheilkundigen Canich statt. Die Versammlung, die in Ruggenbühnen Saal tagte, war stark besucht. Eine Anzahl von Führern der impfgegnerischen Bewegung, die am Kongreß teilgenommen hatten, traten als Redner auf. Prof. Dr. Paul Höfster-Verlin sprach gegen den gesetzlichen Impfwang. Ueber die wissenschaftliche Seite der Impfrage sagte er — mögen sich die Sachverständigen streiten, und wer von der Richtigkeit der Impfung überzeugt sei, der möge sich impfen lassen, der Staat aber sollte, ebensowenig wie er berechtigt sei, einen Beweisschwang in religiösen Angelegenheiten auf die Staatsbürger auszuüben, sich nicht anmaßen, jemand zu einer bestimmten medizinischen Behandlung des Körpers zu zwingen. (Beifall.) Der Redner warf einen Rückblick auf die Geschichte der Bodenimpfung und führte aus, der Reichstag habe im Jahre 1874 nur deshalb dem Impfgesetz zugestimmt, weil er durch ein falsches Gutachten in den Glauben verführt worden sei, daß die Impfung ganz unschädlich sei. — Der zweite Redner Reichsrath Professor Dr. Schlesinger-Wien schilderte die Gewinnung des Impfstoffes und verteidigte die Ansicht, daß die Impfung keinen Schutz gegen Bodenkrankung biete. Wenn der Geimpfte nicht an den Blättern erkrankt, so sei das nicht ein Beweis von der Schutzwirkung der Impfung, sondern von der gesunden Natur des Geimpften. Der Naturheilkundige Reinhold Gerling-Verlin führte aus: Der Kongreß der Impfgegner sei ein Volksgericht gegen den Impfwang gewesen. Während der Verhandlungen des Kongresses sei eine Säule nach der andern gefallen, mit denen die Impffreunde ihr System zu stützen sich bemüht hatten. Ueber die Wirkung der Impfung und die Dauer der Immunität, welche sie gewähren solle, seien die medizinischen Autoritäten sehr verschiedener Meinung. Aber davon erfahre das Volk nichts. In den Redaktionen der Zeitungen seien die Vertreter

der Ärzte, welche dafür sorgen, daß das Volk in dieser Hinsicht nicht aufgeklärt werde. (Beifall.) Der Reichstag sei seiner Zeit nicht, wie Professor Höfster sagte, durch ein objektiv falsches Gutachten zur Annahme des Gesetzes gekommen, sondern — das müsse frei und offen ausgesprochen werden — durch offenkundigen Betrug. (Stürmischer Beifall.) Geheimrat Eulenburg habe den Reichstag und das deutsche Volk betrogen und getäuscht. (Beifall.) Erst neuerdings habe der Direktor des Reichs-Gesundheitsamtes gesagt, daß es eine brauchbare Statistik über die Wirkung der Impfung nicht gebe. Trotzdem werde die Statistik immer noch als Grundlage für die Impfungsimpfung benutzt. Die Statistik des Reichs-Gesundheitsamtes beweise gar nichts, denn sie erstreckte sich nur auf die Städte mit mehr als 15 000 Einwohnern, also auf die hygienisch am günstigsten gestellten Orte. Die Impffreunde seien zum Kongreß eingeladen und ihnen volle Redefreiheit zugesichert worden. Es sei aber niemand von ihnen erschienen. Das beweise, daß unsere Gegner nicht in der Lage seien, ihre Ansicht im Lichte der Öffentlichkeit zu vertreten. (Lebhafte Beifall.) Die Impfrage sei wissenschaftlich längst erledigt. Sie sei eine reine Nachfrage. Es sei im höchsten Grade unmoralisch, durch Gesetz jemand zu zwingen, daß er etwas thue, was seiner Ueberzeugung widerspreche. Das Impfgesetz müsse beseitigt werden. Bei den Reichstagswahlen sei Gelegenheit gegeben, dies Gesetz mit dem Stimmzettel zu bekämpfen. Man möge sich nicht wieder täuschen lassen, sondern nur Impfgegner in den Reichstag wählen. (Lebhafte Beifall.) — Oberst a. D. Spöhr-Stein, ein praktischer Vertreter der Naturheilkunde, führte eine Anzahl Fälle aus seiner Praxis an, in denen Personen trotz der Impfung und Revaccination an den Pocken erkrankt seien. Es gebe so zahlreiche Fälle, welche die Unzulänglichkeit, ja Schädlichkeit der Bodenimpfung darthun, daß es unmöglich sei, sie alle anzuführen. Wenn man das Impfgesetz nicht abschaffen wolle, dann sollte man den Befürwortern der Impfung die Pflicht auferlegen, die Impfung an eigenem Körper zu erproben. Auf diese Weise würde die Impfung bald von selber ein Ende nehmen. Die Impfung schädige die Bekraft und die Gesundheit des Volkes. (Beifall.) — Hierauf folgte eine Diskussion, in der mehrere Redner lebhaft gegen den Impfwang sprachen. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die von etwa 1000 Personen besuchte Versammlung fordert von den gesetzgebenden Körperschaften des Deutschen Reiches, den gesetzlichen Impfwang sofort und ohne jeden Vorbehalt abzuschießen, den Streit um die Impfung aber, als einen wissenschaftlichen und persönlichen, den heilwissenschaftlichen Parteien und dem Volke selbst zu überlassen, ferner aber durch ein Gesetz bis zur endgültigen Abschaffung des Impfwanges sofort die Staatsentschädigungspflicht für die Opfer der Impfung einzuführen.“

Wie der Vorsitzende bemerkte, stellt diese Resolution den Estrich der Verhandlungen des Kongresses dar.

Die in der Beleuchtungs-Industrie, Bronze- und Eisenwaren-Fabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Bürster, Drücker, Klempner, Schleifer usw.) hielten am Montag eine gut besuchte Versammlung in den „Arminhallen“ ab. Auf der Tagesordnung stand: Wie nügen wir die gegenwärtige Geschäftslage zur Verbesserung unserer Arbeitsverhältnisse aus?

Wie der Referent Otto Röhler, der zunächst den Verlauf der Klempner- und Formereibewegung eingehend schilderte, ausführte, ist die Geschäftskonjunktur in der Metallwaren-Industrie zur Zeit eine außerordentlich günstige und noch weit besser als im Vorjahre. In verschiedenen Branchen herrscht gegenwärtig geradezu ein Mangel an Arbeitskräften und vielfach wird der Arbeitsnachweis der Metallarbeiter von solchen Firmen in Anspruch genommen, die denselben sonst immer meiden. Wenn die Arbeiter sich in den einzelnen Betrieben einzeln zeigen, so dürfte es nicht schwer fallen, unter den derzeitigen Verhältnissen eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. In der hierauf folgenden Diskussion wurden die schlechten Zustände in Bezug auf Verdienst und Arbeitszeit einer kritisch unterzogen und festgestellt, daß trotz der günstigen Konjunktur eine Besserung nicht eingetreten ist. Die weitestgehende Ursache dieser Zustände ist der Indifferentismus und die Aneignung, die bei einigen Branchen, welche besonders in verschiedenen Großbetrieben in Betracht kommen, vorherrschend. Von einer Beschlußfassung über den Eintritt in eine Lohnbewegung wurde vorläufig Abstand genommen und soll in einer anderen Versammlung hierüber noch weiter beraten werden. Im Laufe der Woche soll noch eine Beschlus-Vertrauensmänner-Sitzung stattfinden und zum Mittwoch, den 27. d. M., abends 6 Uhr, ist eine Versammlung im Lokal „Sandsouci“, Kottbuserstr. 4, anberaumt, zu der sämtliche bei den Firmen Duple u. Co., Joseph, Spinn u. Sohn und Cramme beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eingeladen sind.

Die Musikinstrumenten-Arbeiter lokaler Richtung hielten am Montag eine in Schwach besuchte Versammlung ab. Arndt erstattete den Bericht über die stattgehabten Verhandlungen zur Gründung des neuen Gewerkschaftskartells. Nachdem Redner die verschiedenen Gründe, welche zur Trennung von der Berliner Gewerkschaftskommission geführt, erwähnt hatte, erläuterte er in seinen weiteren Ausführungen das neugeschaffene Regulative für das Kartell, das sich im wesentlichen nur wenig von dem der Gewerkschaftskommission unterscheidet. Nur soll das Streikwesen anders geregelt werden, so daß eine jede daran beteiligte Gewerkschaft durch Ausgabe von eigens dazu bestimmten Sammelmarken die Mittel selbst aufbringt. Demgemäß haben, wenn keine Mittel vorhanden, ausschließliche Streiks einfach zu unterbleiben. Auch soll ein Ausnahmestellen eingerichtet und in der Zeit von abends 7 bis 8 Uhr Auskunft über socialpolitische und allgemeine Arbeiterfragen nur an organisierte Arbeiter gegen Vorzeigung der Legitimation erteilt werden. Eine jede zum Kartell gehörige Gewerkschaft hat nur einen Delegierten resp. Stellvertreter zu entsenden.

Es entspann sich nunmehr eine recht lebhafte Besprechung, in deren Verlauf sich Kleinlein und Niediger entschieden gegen diese neue Einrichtung erklärten, und von der Entsendung eines Delegierten abrieten, weil das, was man mit dem Kartell bezwecke, durch Bestehen der bisherigen Gewerkschaftskommission schon vorhanden, und das neue Kartell mit seinen geplanten Einrichtungen gar nicht lebensfähig sei. Nur die Unternehmer würden die größte Freude über diese Spaltung der Gewerkschaften haben.

Böttcher, Seibt, Richter, Arndt u. a. bemühten sich, alle die gemachten Einwendungen zu widerlegen unter Anführung der bereits bekannten Ursachen, welche zur Gründung Anlaß gaben. Diese Redner sind der Ueberzeugung, daß das Kartell auch lebensfähig und nützlich sein werde. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die Versammlung mit Stimmengleichheit die Entsendung eines Delegierten ablehnte.

Der ebenfalls von Arndt erstattete Bericht über den Generalstreikfonds ergab eine durch Sammelmarken erzielte Einnahme von 399,10 M., wovon an die ausgeperrten Dänen 300 M., an die Krefelder Weber 50 M. gespendet wurden, so daß nebst sonstigen Unkosten eine Ausgabe von 255 M. entstand. Der verbleibende Bestand von 144,10 M. wird auf Beschluß der Versammlung dem Streikfonds überwiesen. Das Regulative für den Streikfonds, worin über Einnahme und Ausgabe bezw. Verwendung der Gelder nähere Bestimmungen getroffen sind, gelangte ebenfalls zur Annahme. Eine sehr lebhafte und längere Auseinandersetzung entspann sich noch vor Schluß der Versammlung über die Einschränkung bezw. Beilegung und Bezahlung der Ueberstunden. Infolge der vorgerückten Zeit aber wurde beschloffen, die weitere Erörterung dieser Frage in einer späteren Versammlung fortzusetzen.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am Montag, den 18. d. M., bei Cramann, Raumstr. 27, seine

regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende zunächst auf das am 14. Oktober bei Schöneberg stattfindende Stiftungsfest aufmerksam. Hierauf ergriff Fräulein Vaader das Wort zu ihrem Vortrag, dessen sich die Rednerin zur vollen Zufriedenheit unter dem Beifall der Anwesenden entledigte. An der folgenden Diskussion beteiligten sich Kleinlein und Fräulein Vaader.

Die Lohnkommission der Posamentiere berichtete in einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung über die Situation des Streiks. Bis jetzt haben 15 Firmen mit 68 Arbeitern die Forderungen bewilligt, während 93 Arbeiter von 17 Firmen sich im Auslande befinden. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Arbeitgeber sich bemühen, Arbeitskräfte von außerhalb heranzuziehen, jedoch mit sehr geringem Erfolg. Von Wien seien fünf Streikbrecher eingetroffen, die aber bis jetzt nicht zu bewegen waren, sich mit ihren hiesigen Kollegen solidarisch zu erklären. Tapezierer Schmidt führte aus, in den Tapezier-Verhältnissen mache sich bereits ein erheblicher Mangel an Posamenten bemerkbar. Die von Streikbrechern angefertigten Posamenten, welche jetzt geliefert werden, seien so schlecht gearbeitet, daß sie größtenteils nicht gebraucht werden können. Aufsolgedessen müßten die Posamentier unvollendet stehen bleiben und es könne bald dahin kommen, daß verschiedene Tapezierwerkstätten wegen Mangel an Posamenten die Arbeit einstellen müßten. Die Lage sei demnach für die Posamentiere recht günstig und müsse ausgenutzt werden. Verschiedene Redner betonten, es sei dringender zu wünschen, daß sich auch die Arbeiterinnen der Posamentenbranche, die sich dem Streik bis jetzt nicht angeschlossen haben, mit ihren männlichen Kollegen solidarisch erklären. Namentlich werde das von den Arbeiterinnen der Firma Eisner u. Haussig erwartet, weil diese Firma, bei der die fünf Wiener Streikbrecher tätig sind, eine führende Rolle im Streik spiele. Wenn man diese Firma erst zum Nachgeben gezwungen habe, werde sich der Streik wesentlich zu Gunsten der Ausständigen wenden. Die antwortenden Arbeiterinnen erklärten zwar, sie seien bereit, die Lohnbewegung in jeder Weise zu unterstützen, aber über den Zeitpunkt, wann sie die Arbeit niederlegen würden, könnten sie noch keine verbindliche Erklärung abgeben, sie müßten sich erst am Montag darüber schlüssig werden. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Anwesenden verpflichten, so lange im Streik auszuharren, bis die gestellten Forderungen bewilligt sind.

Die Nadelspanner besprachen am Sonntag in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung den Stand ihrer Lohnbewegung. Es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß bei der Firma Wassau u. Krauer am Montag ebenfalls die Forderung zu stellen ist, bei Nichterfüllung die Arbeit eingestellt wird. Bei allen anderen Firmen wird zu den neuen Bedingungen gearbeitet mit Ausnahme der Firmen: Wagenrecht, Schulz, Günther u. Solwedel und Stäwe. Ueber diese bleibt die Sperre bestehen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Eine gut besuchte Branchen-Versammlung der Piano-Mechanik-Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am Dienstag, den 19. September, im „Rüfjenhof“, Reppertstr. 137/138. Die Redner sprachen über gegenwärtige Lage und wie verbessert wird dieselbe. Redner geisterte in seinem Vortrage die Verhältnisse der Branche. Es werden meistens ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, denn die Technik und die mit derselben Hand in Hand gehende Teilarbeit hat es so weit gebracht, daß die einzelnen Arbeiter nur noch Maschinen zu bedienen haben und schließlich zu lebenden Automaten werden. In keiner anderen Branche der Maschinenindustrie werden bei einer so übermäßig langen Arbeitszeit, die in vielen Fabriken 60 Stunden pro Woche beträgt, solche niedrige Löhne gezahlt. Und trotz alledem ist der Indifferentismus in keiner anderen Branche so groß. Die Kolleginnen und Kollegen wollen immer noch nicht einsehen, daß Sie Ihre Lage nur verbessern können, wenn Sie sich organisieren. In der Mechanikfabrik von Köhler wollten die dort Beschäftigten ihre Lage etwas verbessern und stellten Forderungen. Was sagte Herr Köhler der Kommission: Ich bewillige eben nichts; wenn Sie streiken wollen, dann streiken Sie. Ich verstehe auf Ihre Organisation. In meiner Fabrik sind verschiedene ungelernete Arbeiter beschäftigt, die das, was sie verdienen, beim Steinlempfen und dergleichen nicht verdienen würden. Im weiteren sagte dann Herr Köhler: in meiner Fabrik herrscht keine Lustlosigkeit, wie es bei einer großen Firma Sitte ist, wo die Ehre ihre Autorität mißbrauchen, um an ihren Arbeiterinnen, ihren Vorgesetzten zu fröhnen. Kollegen und Kolleginnen, ist es nicht eine Schande, daß uns Fabrikanten mit solchen Argumenten entgegen treten können? Also hinein in die Organisation, solche Zustände sind nur auf dem Wege des Klassenkampfes zu beseitigen.

Zum zweiten Punkt: Verbundangelegenheiten und Verschiedenes wurde den Anwesenden der Anschluß an den Deutschen Holzarbeiter-Verband empfohlen, diesem kamen eine Anzahl Kollegen nach. Zum Schluß fand eine Resolution einstimmige Annahme, durch welche die Anwesenden versprochen, energisch für die Organisation zu wirken.

Holzarbeiter-Verband. In der am Montag, den 18. d. M., abgehaltenen Bezirksversammlung Süd-Süd-Ost referierte Genosse Dr. Steiner über: Die deutsche Literatur in den letzten zehn Jahren. Der sehr lehrreiche Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen, eine Diskussion fand nicht statt. In Verbundangelegenheiten wurde der Kollege Dreßler als Schriftführer gewählt, in die Kontrollkommission des Centrums wurden die Kollegen Buchholz und Engelbert gewählt. Alsdann wurde bekannt gegeben, daß der Streik bei Siegel in der Wasserthorstraße zu Gunsten der Kollegen beendet sei, aber der Streik in der Luxusmöbel-Fabrik von Görchner, Reichbergstr. 57, unverändert fort-dauert. Es sind dort Löhne gezahlt worden, die jeder Beschreibung spotten. Es ist sehr häufig vorgekommen, daß die Kollegen mit 8 und 10 M. die Woche haben müssen zu Hause gehen. Alsdann wurde noch mitgeteilt, daß in verschiedenen Tischlerwerkstätten die Forderungen bewilligt worden seien.

Eine gutbesuchte Branchenversammlung der Bürsten- und Pinselmacher Berlins und Umgegend tagte am Sonntag, den 17. September, im Lokale des Herrn Schiller. Dieselbe beschäftigte sich mit dem Thema „die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Branche, und sind die Kollegen gewillt, dieselben zu verbessern.“ Hierzu referierte Kollege Wiefe in kurzen Worten, indem er zunächst über Entstehung der Organisationen spricht, und im weiteren über die Arbeitsverhältnisse in unserer Branche näher eingeht. Er zieht hierbei den Lohnsatz von 1895 in Betracht, der durch das verwerfliche Accordsystem soweit heruntergedrückt sei, Redner ist der Ansicht, daß nur durch Anschluß aller Kollegen an den „Deutschen Holzarbeiter-Verband“, und durch festes Zusammenhalten es möglich wäre, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten, und stellt es im weiteren der Versammlung anheim, sich hierüber auszusprechen. In der darauf folgenden Diskussion wirt zunächst Kollege Berner die Frage auf, ob es geboten wäre, bei der jetzigen Konjunktur in eine Lohnbewegung einzutreten, und kommt hierbei zu der Ansicht, daß es wohl möglich wäre, wenn ein jeder Kollege das Bewußtsein in sich trage, seine Lage zu verbessern. Er wünscht namentlich die Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung der Accord- und Sonntagsarbeit, sowie der Hausindustrie. Denier als Dreßler bezieht die Lage der Bürstenmacher unter allen Berufen der Holzarbeiterbranche als die schlechteste. Er ermahnt alle Kollegen, sich aufzurufen und für eine bessere Existenz zu kämpfen. An der weiteren Diskussion beteiligten sich noch die Kollegen Fiedel, Krüger und Müller, die sich ebenfalls in denselben Sinne aussprachen. Einer der antwortenden Arbeitgeber, Herr Barowski, erbot sich das Wort und erklärte sich mit den Verhandlungen der Versammlung voll und ganz einverstanden und wünschte er, wie ein großer Teil seiner Kollegen, daß die Bürstenmacher Berlins in die Lohnbewegung eintreten möchten. Nach einem Schlusswort von Wiefe gelangt folgende Resolution zur Annahme: 1. Die Versammlung beauftragt die Kommission, mit den Kollegen sämtlicher Werkstätten in Verbindung zu treten, um die

gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in denselben zu ermitteln. 2. Verpflichten sich sämtliche Kollegen, dem Deutschen Holzarbeiter-Verbande beizutreten, für denselben zu agitieren und in jeder Hinsicht zu wirken. — Es tauchte noch von mehreren Seiten die Befürchtung auf, daß im Falle eines Streiks durch auswärtige Arbeiter, wie aus Neuzuppin, Rathenow usw. derselbe in die Länge gezogen werden könnte, jedoch wird das von Herrn Barowski widerlegt, indem er erklärte, daß dies für Berlin nicht maßgebend sein könne. In Anbetracht dessen kommt eine weitere Resolution zur Verlesung: Die Versammlung beauftragt den Vorstand, in der Umgegend Berlins, wo Maschinenmacher beschäftigt sind, Versammlungen einzuberufen, worin nach Befestigung der Lebensbedingungen derselben gestreut wird. Dieselbe wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Zur Ergänzung für die ausgeschiedenen Mitglieder der Werkstatt-Kontrollkommission werden Huhn, Glogow, Rehbach, Scherflehner und Warshuf gewählt.

Die Jahreshilfe Berlin des Verbandes der Fabrik-, Land- und Arbeiterinnen Deutschlands hielt am 21. September im „Kölberger Salon“ seine Mitgliederversammlung ab. Die Referentin, Frau Meisch, behandelte das Thema: „Was hat die Arbeiterin zu thun, um eine menschenwürdige Existenz zu erringen?“ Rednerin beleuchtete in ihrem anderthalbstündigen Vortrage, an der Hand zahlreichen statistischen Materials die traurige Lage der Industrie-Arbeiterin, und forderte die antwortenden Frauen auf, sich zu organisieren, damit sie von den Männern nicht als Fremde, sondern als gleichberechtigt mit ihnen angesehen werden. Nach einem kurzen Hinweis seitens des Rednerin Funt und der Aufforderung beseligen, dem Fabrikarbeiter-Verband beizutreten, sowie dem Hinweis auf das am 21. Oktober stattfindende Stiftungsfest, schloß die gut besuchte Versammlung.

Die Tapezierer der Filiale Süd nahmen den Bericht über die Lohnbewegung entgegen und ist nach demselben nur noch eine Werkstelle im Streik, und zwar bei der Firma Döyle, welche die minimalen Forderungen ihrer Gehilfen nicht bewilligt, den Streikenden aber fähig die Polizei auf den Hals schießt. Aber auch durch dieses Mittel liegen sich die Kollegen nicht irren machen, ebenso wenig wie durch das Verhalten der Berliner Tapezierer-Jungung, welche letztere glaubt, ihrem bedrängten Mitgliede dadurch entgegenzukommen, daß sie Herrn Döyle Kleinmeister als „Arbeitswille“ zuschickte. Ebenso wurde von einigen Rednern der betreffende Werkführer sehr heftig angegriffen, weil sich derselbe nicht geniert, Ueberstunden in Höhe und Pfülle zu machen. Nach Erledigung des Tagesberichts wurde ein Antrag: „Die Gründer der Arbeiter-Organisation in Berlin aus dem Vorhande auszuschließen“, angenommen, indem sich letztere gegen das Verbandstatut verzeigten haben.

Die Grabener und Essener tagten am 19. d. M. in einer Filialversammlung in Dresden Garten. Der zum zweitenmal angelegte Vortrag über „Invaldität und Altersversicherungsgesetz“ konnte, da der Referent Zubeil wieder nicht erschienen war, nicht entgegengenommen werden. Aus dem Bericht des Vergütungskomitees ergab sich ein Defizit von 1200 M. G. Hill berichtete, daß die Bewegung der Essener in wenig veränderter Form vor sich geht. Sämtliche Arbeiter der Firma Volkold u. Sohn haben ebenfalls die Forderung gestellt. In kleineren Werkstätten, z. B. Petersfeld, Hamisch, Döfler usw. soll seitens der Kommission die Kernstunden-Forderung noch gestellt werden. Erklärer geht in scharfen Worten das Verhalten der bei Spinn u. Sohn beschäftigten, im Metallarbeiter-Verband organisierten Kollegen. Die Firma Schäfer u. Waller soll ihren Arbeitern den Lohn aufgebessert haben und wolle die Arbeitszeit aus „eigenem Antriebe“ verkürzen. Am 8. Oktober findet in der Sternbar in Treptow ein Vortrag über Weltuntergangspredigt und Beobachtung mit dem Mikroskop statt. Willes zu halben Preisen (75 Pf.) sind in den Versammlungen zu haben.

Die Kreditoren hielten am 21. September in der Ressource ihre dritte öffentliche Versammlung in der Stellenvermittlung Angelegenheit ab. Zum ersten Punkt gab der Kassierer der Kommission Weidler den Kassensbericht. Nach diesem ist im ganzen auf Listen und durch Zellerfassungen die Summe von 443 M. bis dato eingelaufen. Dieses an sich wenig erhebliche Resultat veranlaßt die beiden, auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft stehenden Berufsvereinigungen, den Antrag zu stellen, die Einrichtung des fraglichen Bureaus bis zum Frühjahr zu vertagen. Da eine absolute Einmütigkeit in dieser Frage Grundbedingung ist, wurde mit großer Majorität demgemäß beschlossen. Ferner wurde beschlossen, fortdauernd Sammellisten auszugeben und intensives Weiterjammeln empfohlen.

Die Freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen hatte ihre letzte Sitzung Freitag bei Mischel und ist damit aufgelöst. Da die Bibliothek wieder umsonst abgegeben wird, werden die Kollegen angefordert, binnen acht Tagen die entliehenen Bücher an G. Müller, Weinstraße 23, zurückzugeben.

Groß-Lichterfelde. Der hiesige Agitationsverein hielt am Sonntag, den 24. d. M., seine Generalversammlung ab. Nach einem beifällig aufgenommenen Vortrag des Genossen Schmitt gab der Vorsitzende, Genosse Wenzel, den Vorstandsbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die gegenwärtige Mitgliederzahl des Vereins 105 beträgt. Die Kasse weist einen Bestand von 192 M. auf. Die im Mai stattgefundene Gemeinde-Ergebniswahl habe für den sozialdemokratischen Kandidaten 93 Stimmen ergeben. Die Vorstandwahl hatte folgenden Resultat: Wenzel, erster Vorsitzender; Hoff, zweiter Vorsitzender; Weisenherking und Sch. Schriftführer; S. Lehmann, Hauptkassierer; Friele, Engel, Senf, Kadice, Wachholz, Richter, Bezirkskassierer; S. Lehmann und Steinberg Revisoren. — Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten kam die Auserkung des hiesigen Volkskommissars Mohr über die Person des Vorsitzenden des Vereins zur Sprache. Der Herr Kommissar bemerkte in einem Gespräch mit einem Dritten: „Was will der Wenzel eigentlich, der will doch bloß von den Arbeitern Geld ziehen.“ Wenzel ging mit dem Herrn Mohr scharf ins Gericht. Niemand habe er während seiner langjährigen politischen Thätigkeit irgend welche Bezahlung für dieselbe verlangt oder erhalten. Es sei unangebracht, wie ein Beamter der Polizei, die doch sonst ein ausgeprägtes Ehrgefühl besitze und bei der geringsten Minderheit die Gerichte in Anspruch nehme, solche Auserkung, aber deren beleidigende Natur sich derselbe doch klar sein mußte, machen können. Wolle der Herr Kommissar den Beweis für seine Behauptung antreten, dann sei er — Redner — sofort bereit, ihm die Gelegenheit hierzu zu verschaffen. Genosse Weisenherking unterzog das Verhalten des Beamten der verdienten Kritik. La h u n verlangt unbedingt Stellungnahme des Vereins zu dieser Angelegenheit und Erhebung der Beleidigungsklage. Solchen Angelegenheiten müsse ein Riegel vorgezogen werden. Jeder der Genossen wisse, daß die Behauptung des Kommissars unwahr sei. Aber es sei ja eine bekannte Thatsache, daß die Gegner jeden Sozialdemokraten, der ein Amt in der Partei bekleide und einen anständigen Modus trage, als ein Subjekt hinstellen, das sich von den Arbeitergrößen müsse. — Die Angelegenheit wurde dem Vorstand zur Erledigung überlassen.

Eine öffentliche Versammlung der Zimmerer Nizdorf tagte am 24. September im Saale des Apollo-Theaters, in welcher Genosse Hahn einen lehrreichen und beifällig aufgenommenen Vortrag über das Unfallversicherungs-Gesetz hielt. — Zu den bevorstehenden Gewerbeberichts-Wahlen beschloß die Versammlung, zwei Kandidaten zu Gewerbeberichts-Beisitzern aufzustellen. Eine erregte Debatte veranlaßte der Beschluß des Gewerbeberichtsartikels, daß die Zimmerer nur einen Kandidaten aufstellen sollten; die Versammlung erhob gegen diesen Beschluß ganz energisch Protest und beauftragte seine Gewerbeberichtsdelegierten, mit allen Mitteln danach zu streben, daß unsere zwei Kandidaten Beizer und Reumann anerkannt werden.

Wilmersdorf. In einer leider sehr schwach besuchten Versammlung des „Sozialdemokratischen Vereins“, die am 20. ds. Mts.,

in „Wittes Volksgarten“ Berlinerstr. 40 tagte, hielt Gen. Marxwaldt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die Judenfrage“. Die Genossen werden ersucht, sich regel an den Versammlungen zu beteiligen. Die nächste Versammlung findet am 4. Oktober statt und ist eine Generalversammlung.

Verein der Buchbinder und Schriftsetzer für Nizdorf, Brk., Donnerstag, den 28. September, abends 9 Uhr: Vereinsversammlung im Apollo-Theater, Hermannstraße 48-50, (Heiner Saal). — Es wird um mögliche Abrechnung der erkrankten Mitglieder ersucht.

Freie Vereinigung der Bodenler. Generalversammlung am Mittwoch, den 28. September, abends 7 1/2 Uhr, Dragonerstr. 13.

## Unternehmer-Verbände.

Vom Vorstand des Vereins selbständiger Bildhauer Berlins geht ein nachstehendes Schreiben mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

In der Lohnbewegung der Holzbildhauer Berlins wurde in einer öffentlichen Versammlung der Meister am 18. d. M. festgestellt, daß die Forderungen der Gehilfen: 1. 50 Stunden Arbeitszeit in der Woche; 2. strikte Einführung der Lohnarbeit; 3. 10 Proz. Lohnhöhung; 4. 24 M. Mindestlohn für die Woche und 5. 25 Proz. Lohnaufschlag bei Ueberstunden in fast allen Bildhauer-Werkstätten und einigen Tischlereien durchgeföhrt waren.

Ansolgedessen wurde in der Versammlung beschlossen, daß von den Meistern nun auch ein Preisausschlag von 10 Proz. von ihren Händen gefordert werde und der Verein der selbständigen Bildhauer Berlins damit beauftragt, diesen Beschluß allen Auftraggebern für Holzbildhauer-Arbeiten, als Architekten, Baumeistern, Möbelfabrikanten und Händlern, Tischlern, Zimmermeistern etc. durch Circular bekannt zu geben.

Vom Unternehmer-Terrorismus. Das „Foster Tageblatt“ enthält folgendes Inserat:

Anfrage. Wäre es nicht angebracht, wenn diejenigen wenigen Firmen, die im Beitritt zum „Arbeitsgeber-Verband der Textilindustrie Fortsch.“ noch nicht angemeldet haben, öffentlich bekannt gemacht würden?

Um diese „Anfrage“ recht zu begreifen als das, was sie ist, nämlich eine verfrügte Drohung, muß man wissen, daß der genannte Verband erst kürzlich gegründet ist zu dem Zweck, den Forderungen der Arbeiter organisierten Widerstand entgegenzusetzen. Verschiedene Fabrikanten haben die Absicht, den beschriebenen Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen.

Die Erhöhung der Lederpreise, welche vor ca. 6 Wochen von der Konvention der Norddeutschen Soblleder-Werber durchgeföhrt wurde, um eine „Besserung der traurigen Geschäftslage“ herbeizuföhren, hat jetzt auch bei den Oberleder-Fabrikanten Nachahmung gefunden. So haben vor einigen Tagen, wie „Schuh und Leder“ mitteilt, die beiden maßgebendsten Firmen auf dem Weltmarkt, Cornelius Heyl in Worms und die Mainzer Lederwerke für ihre sämtlichen Fabrikate recht erhebliche Erhöhungen eintreten lassen. Diesem Vorgehen sind sofort die größeren Oberleder-Fabrikanten gefolgt, indem sie ebenfalls ihrer Kundschaft von den Preisausschlägen Mitteilung machten.

So bequem haben es freilich die Arbeiter nicht. Wenn sie eine Verbesserung ihrer traurigen Lage herbeiföhren wollen, dann müssen sie um jedes bißchen mit den Unternehmern ringen; die Fabrikanten machen ihrer Kundschaft nur „Mitteilung“ von den Preisausschlägen.

## Tiferavisches.

Der „Bericht über den Kongreß zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit, Berlin 1899“ ist jeden den Kongreßteilnehmern zugegangen. Derselbe stellt einen geschmackvoll gebundenen stattlichen Band dar, dessen Redaktion in den Händen des Generalsekretärs Oberstarbzt Dr. Bamwitz lag. Einem kurzen Vorwort über Entstehung, Vorbereitung und Verlauf des Kongresses folgt die ausführliche Wiedergabe der gehaltenen Referate, Vorträge und Diskussionsbemerkungen nach den eigenen Mitteilungen der Verfasser. Ein weiterer Abschnitt giebt auch die „zur Diskussion“ gemeldeten, aus Mangel an Zeit nicht gehaltenen Vorträge wieder, zum Teil allerdings nur in Form der Befehle, die jeder Vortragende schon vor dem Kongreß dem Organisationskomitee eingzureichen hatte, zum andern Teil aber auch ausgearbeitet, so wie die Vorträge auf dem Kongreß gehalten werden sollten. Personalisten und dergleichen, sowie ein ausführliches Namen- und Sachregister schließen das Werk.

Wir haben seiner Zeit durch möglichst eingehende Berichte unsere Leser über den Verlauf des Kongresses und den Inhalt der Verhandlungen unterrichtet. Wir behalten uns trotzdem vor, demnächst noch einmal ausführlich auf den „Bericht“ zurückzukommen, da eine Ergänzung des selbstverständlich unvollkommenen Tagesberichts auf Grund des nunmehr vorliegenden ausführlichen Protokolls erforderlich erscheint, angesichts der Bedeutung, welche die Tuberkulose für das Proletariat hat.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 53. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervorgehoben: Kartellkatalogen. — Kolonialverbrechen. Von Dr. van Kol. — Nach zwei Fronten. Eine Antwort an Rabi Lang und Sadi Gunter von Eduard Bernheim (Schulz). — Zur Kritik der Kritik. Von Franz Weisinger. II. — Literarische Rundschau. Dr. Paul Weisinger. Das Ende des Marxismus. Heinrich Freese, Fabrikantentagelöhner. Katigen: Christliche Tagesblätter. Volksvereinerung und unentgeltliche Beerdigung in der Schweiz. — Bulletin: Internationale Verhandlungsmittel in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Von Dr. M. Freudenberger, Nürnberg.

Von der „Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben die Nr. 20 des 9. Jahrgangs zu gegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervorzuheben: Zum Parteitag in Hannover. — Die Götze des Kampfes. Von Lily Braun. — Frauenarbeit in der Mantelindustrie. I. Von H. — Aus der Bewegung. — Korrespondenz von Lily Braun und Clara Zetkin: Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswezens. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Dienstbotenfrage. — Frauenrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauenbewegung. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1899 unter Nr. 2033) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 56 Pf.; unter Kreuzband 60 Pf.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr statt.

N. B. 28. 5. Mai 1898. N. B. 2. Wollen Sie Dispens von der zehnmaligen Wartezeit, so werden Sie sich unter Leitung eines von einem Arzt oder von einer Hebammen ausgehenden Attestes darüber, daß Sie nicht schwanger sind, an das Amtsgericht mit dem Antrag, Sie von der Wartezeit zu erbinden, — N. B. 1. 99. Ja. — N. B. 33. Die Armen-Direktion kann nur auf Zahlung klagen und dann pfänden. Kommen Sie bei der Armen-Direktion (nicht Kommission) schriftlich um Wiederbefreiung der Forderung ein. — Klage. Beziehen Sie Betrag nicht Gegenständlich, so hat der Wert die Reparatur herstellen zu lassen. Nehmt er das ab, so teilen Sie ihm mit, daß Sie nach tracht losem Ablauf einer von Ihnen zu stellenden Frist die Reparatur auf seine Kosten vornehmen lassen wollen und handeln Sie dann Ihrer Drohung entsprechend. — Road. 1. Antwort: teilen Sie dem Richter auch den Vorfall von Witz August mit. 2. Der Unterliegende hat auch die Anwaltskosten des Gegners zu zahlen. 3. und 4. Ja. — Prag 95. 1. 2. 3. Wenn hiesiges Recht zur Anwendung kommt — das richtet sich nach dem Wohnort des Wärbenden zur Zeit der Conception und der Geburt — so ist die Klage abzuweisen. 4. Rem. 6. Ja. 6. Vertretung ist zulässig. 7. Das ist ohne mündliche Darlegung der Sachlage — unter Beibringung der Klage — nicht zu entscheiden. — N. B. 20. 1. Es bleibt nur übrig, die Wiedereingetung abzuwarten. 2. Nur die im Besondereverfahren existierenden, falls diese schon jetzt klendiert werden. 3. und 4. Das wäre speziell. 5. Es kann der Antrag auf Entmündigung usw. bei der Staatsanwaltschaft gestellt werden. 6. Wenn die Vereinbarung schriftlich getroffen ist, ist sie gültig. — N. B. 20. Das ist nicht zulässig. — 30. Kommen Sie in die Sprechstunde.